

03.05.2023

# Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

**Handwerk und industriellen Mittelstand stärken – technologieoffen aus- und weiterbilden, Abwanderung reduzieren**

zu dem Antrag **„Arbeits- und Fachkräfteoffensive – Herausforderungen der Energiewende mit den Potenzialen des handwerklichen und des industriellen Mittelstands begegnen“**

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/4125

## I. Ausgangslage

Das Handwerk und seine Kunden geraten auf Grund mehrerer Faktoren zunehmend unter Druck. Kunden, die Handwerker benötigen, müssen sich aufgrund von stark gestiegenen Energiekosten bereits auf höhere Preise einstellen. Bei der Finanzierung von Immobilien müssen sie auch mit deutlich gestiegenen Zinsen rechnen. Der zunehmende Mangel an Fachkräften hat darüber hinaus negative Auswirkungen auf Kunden und Handwerksunternehmen gleichermaßen. Auf Kundenseite treibt er die Preise weiter in die Höhe, während auf Unternehmensseite Aufträge aufgrund fehlender qualifizierter Mitarbeiter abgelehnt werden müssen und dadurch mögliche Einkünfte verloren gehen. Der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks erwartet, dass diese Mangellage in einen kritischen Bereich gelangt, wenn die Babyboomer-Jahrgänge in Rente gehen, und führt dazu aus: „Die Gefahr besteht, dass dann im Handwerk bestimmte Dienstleistungen nicht mehr angeboten werden können. Wir müssen unbedingt und durch gemeinsame Kraftanstrengung von Politik und Handwerk verhindern, dass diese Situation eintritt.“ Er ergänzt, dass Löhne, Energiepreise und Sozialversicherungsbeiträge gestiegen seien, die zusammen mit gestiegenen Materialpreisen zu einem großen Kostenschub beitragen. Der Handwerkspräsident sieht auch die Notwendigkeit einer „Bildungswende“ hin zu einer Wertschätzung der beruflichen Bildung, die ihrer zentralen Bedeutung entspreche.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.wiwo.de/unternehmen/dienstleister/arbeitsmarkt-preisdruck-und-fachkraeftemangel-im-handwerk/28938324.html>, abgerufen am 28.04.2023.

Eine höhere Wertschätzung gegenüber den Berufsbildern wäre zu ergänzen mit einer Bildungswende hin zu einem Mehr an vermittelten Wissensinhalten, insbesondere in naturwissenschaftlichen Fächern. Das Ergebnis eines im Jahr 2021 in den Bundesländern durchgeführten Bildungs-Tests unter Schülern und Schülerinnen der 4. Jahrgangsstufe (IQB-Bildungstrend 2021) zeigt, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im Fach Mathematik mindestens den Regelstandard erreichen, im Bundesdurchschnitt nur bei 55 Prozent liegt. Beschämend ist das Abschneiden von Nordrhein-Westfalen, wo nur 43 Prozent der Schüler den Regelstandard erreichen.<sup>2</sup> Dass hieraus das in vielen Handwerksberufen notwendige, tragfähige Fundament in Form elementarer Grundlagen der Geometrie, Flächen-, Volumen- und Massenberechnungen erwächst, ist mehr als fraglich.

Auch die gesamtgesellschaftliche Wertschätzung gegenüber dem Handwerk ist verbesserungswürdig. „Tatsache ist, das Handwerk wird aus den Innenstädten rausgedrängt“, führt der Präsident der Handwerkskammer Dortmund aus. Vorgaben zu Emissionen und Lärm etwa machen es dem Handwerk schwer, im städtischen Umfeld zu bleiben. Dabei wird das Handwerk gerade beim Städtebau gebraucht, weil es regional verwurzelt ist, die historisch gewachsenen Strukturen kennt und in der Tradition auch modernisiert umsetzen kann.<sup>3</sup>

Wer sich dennoch für eine Ausbildung im Handwerk entscheidet, einen Gesellen- oder Meisterbrief erwirbt und die viel gepriesene Selbständigkeit als Handwerksunternehmer anstrebt, sieht sich dann mit einem wenig unternehmerfreundlichen Umfeld konfrontiert und mit „eine[r] Neigung zum allumfassenden Staatsdirigismus, der mit tief verwurzelter Technologieskepsis und konsequenter Marktablehnung einhergeht. Diese Elemente bilden den zentralen Markenkern der Grünen, der ihrem Denken und Handeln zugrunde liegt, der aber mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung und mit demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien im Widerspruch steht.“<sup>4</sup> Wer modernster Technik wie einem Transrapid oder Kernkraftwerken neuester Entwicklung feindlich gegenübersteht, wird also kaum als Inkubator freien Handwerks und unternehmerischer Entfaltung wahrgenommen werden. Ganz im Gegenteil: Er wird als technologiefeindlich und damit als wenig tauglicher, eher gefährlicher Begleiter freien Unternehmertums wahrgenommen, das erratische, ideologiegetriebene Entscheidungsfindung in immer mehr neuen Vorschriften wiederfindet.

Die Landesregierung muss endlich die Konsequenzen aus den vielen missglückten Maßnahmen zur Stärkung des Handwerks ziehen und ausbildungswillige Jugendliche für das Handwerk begeistern, die Unternehmer und Beschäftigten im Handwerk stärken und die Hinführung zu entsprechenden Berufsbildern in Schulen und Gesellschaft positiv verankern. Eine einseitige Ausrichtung auf Berufsbilder, die der sogenannten Energiewende dienen sollen, ist zu unterlassen, erzeugt sie doch nur einen Fachkräftemangel in anderen Bereichen. Dies umso mehr, als dass die höchstsubventionierten Branchen Windkraft, Solar, Wasserstoff etc. ohnehin schon einer nicht akzeptablen Fehlallokation von Arbeitskräften zu Lasten anderer Branchen Vorschub leisten.

---

<sup>2</sup> Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/765527/umfrage/kompetenzen-der-schueler-im-fach-mathematik-in-deutschland-nach-bundeslaendern/>, abgerufen am 28.04.2023.

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.handwerksblatt.de/betriebsfuehrung/handwerk-nrw-staedtebau-die-welt-tickt-anders>, abgerufen am 28.04.2023.

<sup>4</sup> <https://www.ludwig-erhard.de/orientierungen/analyse-einer-politischen-position/moralismus-ideologie-und-staatlicher-dirigismus-bei-den-gruenen-das-beispiel-der-klimapolitik/>, abgerufen am 28.04.2023.

Der industrielle Mittelstand warnte bereits lange vor dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine vor einer Abwanderung durch zu hohe Energiepreise.<sup>5</sup> Die Bundesregierung versuchte daraufhin, im Stile der DDR eine Strompreisbremse einzuführen. Doch auch mit der Strompreisbremse liegen die Preise in Deutschland deutlich über dem Niveau anderer westlicher Länder wie den USA.<sup>6</sup>

Die geplanten Regelungen für Windindustrieanlagen in Gewerbegebiete können die Entwicklung von Handwerksbetrieben bremsen, da die Emissionen der Windindustrieanlagen als Vorbelastung gewertet werden können und damit die Genehmigung für Erweiterungsbauten von Betrieben erschwert werden.

## II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Förderung und Bewerbung von dualen Ausbildungsgängen branchenneutral auszugestalten und es so dem Markt zu überlassen, wohin sich Aus- und Weiterbildungswillige orientieren;
- die Förderung der beruflichen Bildung und des Handwerks in den Schulen zu verstärken, um das Interesse von Schülerinnen und Schülern an Handwerksberufen zu erhöhen;
- beim Bestreben, die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung herbeizuführen, nicht zu vernachlässigen, dass eine grundständige, handwerklich orientierte Ausbildung einen gesellschaftlichen Nutzen erzeugt, der dem diverser akademischer Bildungsgänge aus bspw. dem Bereich der scheinwissenschaftlichen „Gender Studies“ deutlich vorangeht;
- den auf Basis praktischer Erfahrungen agierenden Handwerkskammern zu überlassen, inwieweit Berufsbilder weiterentwickelt oder verändert werden;
- mehr Frauen für das Handwerk zu begeistern und auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für Frauen im Mutterschutz zu stärken;
- sich auf Bundesebene für eine Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und Bürokratieabbau einzusetzen, um den Einstieg in die Selbstständigkeit zu erleichtern.
- die Rahmenbedingungen für das Handwerk in urbanen Räumen zu verbessern, um die Wettbewerbsfähigkeit der Handwerksunternehmen in Städten zu stärken;
- Gewerbeflächen von der Nutzung durch Windindustrieanlagen auszuschließen;
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die zu einer Fehlallokation führenden Subventionen – beispielsweise für Wärmepumpen, Windindustrieanlagen und PV-Anlagen – beendet werden;
- sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Dämm- und Bauvorschriften auf das wirtschaftlich und sicherheitstechnisch notwendige Maß reduziert werden;

<sup>5</sup> Vgl. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/energiepreise-bdi-mittelstand-industrie-101.html> sowie <https://bdi.eu/publikation/news/energiekosten-im-industriellen-mittelstand-investition-strom/>, jeweils abgerufen am 28.04.2023.

<sup>6</sup> In den USA werden Stromprodukte an verschiedenen Börsen gehandelt und sind netzknotenabhängig. Hier exemplarisch die Daten der Börse für Pennsylvania, wobei sich deutlich zeigt, dass die Wintermonate Januar und Februar mit etwa 7–8 USD ct/kWh deutlich über den Preisen der anderen Monate mit etwa 4 USD ct/kWh liegen; vgl. <https://www.cmegroup.com/markets/energy/electricity/pjm-western-hub-real-time-peak-5-mw.html>, abgerufen am 02.03.2023. Die Preise bleiben bis zum Jahr 2028 auf einem – in Vergleich zu Deutschland – stabilen günstigen Niveau.

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Handwerker nicht als „Heizungspolizei“ im Rahmen der geplanten Novelle des Gebäude-Energie-Gesetzes (GEG) missbraucht werden und
- der Abwanderung von Fachkräften entgegenzutreten, indem sie dem allgemeinen politischen Trend zur Technologiefurchung abschwört, sich gegen die fortlaufende Aushöhlung der Grundrechte einsetzt und bundesweit auf eine Vereinfachung des Steuersystems im Sinne einer Kirchhof'schen Reform hinwirkt.

Christian Loose  
Carlo Clemens  
Andreas Keith  
und Fraktion